

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend

Direktor: Professor Dr. Michael Hüther

Mitglieder: Verbände und Unternehmen
in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 19. August 2010

Virtuelle Welten locken

PC- und Videospiele sind sehr gefragt: Im Jahr 2009 wurden in Deutschland Games und Konsolen im Wert von 2,5 Milliarden Euro verkauft – die Spielebranche ist damit erfolgreicher als etwa die Musikindustrie, die es auf lediglich 1,8 Milliarden Euro Umsatz brachte. Um ihre Stammkundschaft erneut in die Läden zu locken und zusätzliche Kunden zu gewinnen, präsentieren 480 Hersteller auf der Gamescom in Köln vom 19. bis 22. August die neuesten Spiele-Trends und -Produkte. Die Veranstalter rechnen mit fast 250.000 Besuchern. Das Zielpublikum für Compu-

terspiele ist groß – inzwischen begibt sich mehr als die Hälfte der Deutschen in die virtuellen Welten. Beliebt ist diese Freizeitbeschäftigung vor allem bei der jungen Generation, denn ein Drittel aller PC-Spieler gehört zur Altersgruppe zwischen zehn und 15 Jahren. Der Durchschnittsgamer 2009 war 23,3 Jahre alt und männlich; nur 31 Prozent der User sind Frauen. Ihr Hobby lassen sich die Daddel-Fans einiges kosten – 2009 schafften sich in Deutschland etwa 13,5 Millionen Käufer Videospiele an und gaben dafür im Schnitt 115 Euro aus.

In dieser Woche

Solarenergie: Die Bundesregierung will die finanzielle Förderung von Solarstrom reduzieren. Dennoch werden in den kommenden Jahren für die Einspeisevergütungen weiterhin Milliardenbeträge fällig. Seite 2

Bildung & Ausbildung: Mit kleineren Klassen verbinden die meisten Experten und Eltern die Hoffnung, dass die Kinder intensiver betreut werden. Vor allem in Ostdeutschland unterrichtet ein Lehrer relativ wenige Schüler. Seite 3

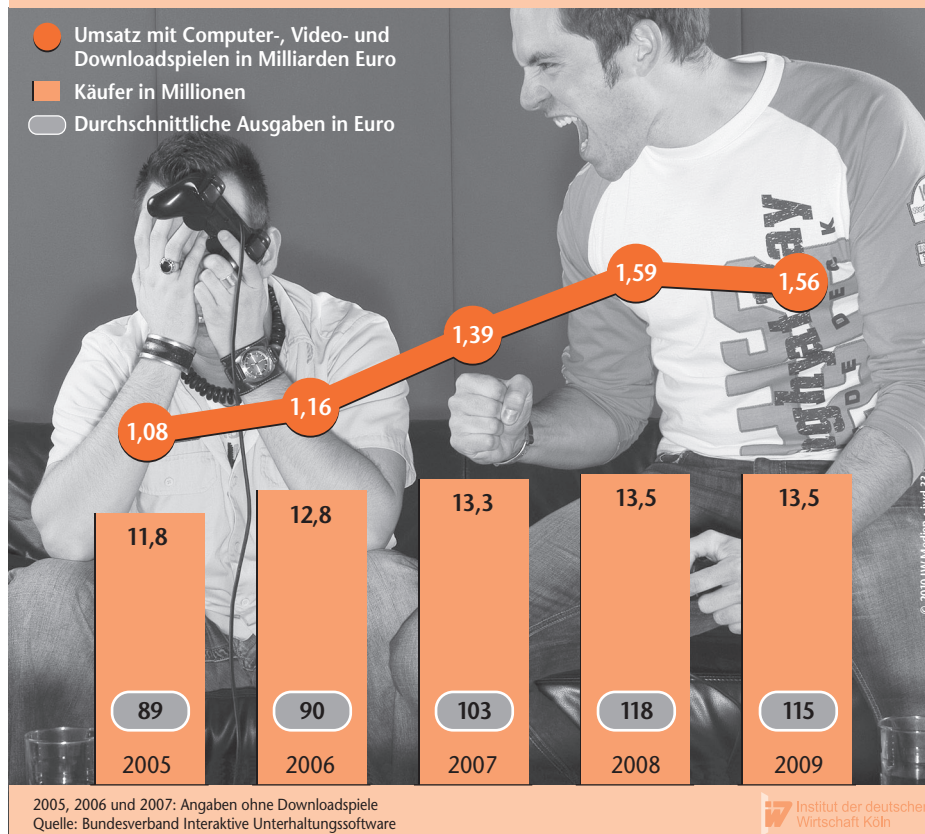
Spekulation: Nach der wohl größten Finanzkrise der Nachkriegszeit sind besonders Spekulanten stark in Ungnade gefallen. Sie müssen zwar strenger kontrolliert und reguliert werden als bisher, haben aber trotzdem in der Marktwirtschaft eine wichtige und unverzichtbare Rolle. Seite 4-5

Burn-out: Fast jede zweite Frau und gut jeder dritte Mann in Deutschland sind gefährdet, im Laufe ihres Lebens psychisch zu erkranken. Viele Firmen helfen ihren Beschäftigten, solche Belastungen frühzeitig zu erkennen und zu bewältigen. Seite 6

Personenverkehr: Das eigene Gefährt ist immer noch der Deutschen liebstes Verkehrsmittel. Mehr als 80 Prozent des Personenverkehrs entfielen 2008 auf Pkws und motorisierte Zweiräder. Doch seit 2004 schrumpft die Zahl der Nutzer etwas, während die Deutsche Bahn aufgeholt hat. Seite 7

Automobilproduktion: Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien können eine lange Tradition in der Automobilherstellung vorweisen. In den vergangenen zehn Jahren hat aber die Konkurrenz aus anderen Ländern rapide aufgeholt. Seite 8

Digitale Spiele: Ein Milliardengeschäft



Solarenergie

Die Fördermilliarden fließen weiter

Die Bundesregierung hat vor kurzem beschlossen, die finanzielle Förderung von Solarstrom stärker zu reduzieren als bislang vorgesehen. Dennoch werden in den kommenden Jahren für die sogenannte Einspeisevergütung weiterhin Milliardenbeträge fällig. Das Grundproblem bleibt: Die Solarenergie kann ohne die staatliche Unterstützung nicht am Markt bestehen.

Strom aus erneuerbaren Energien gilt in der Öffentlichkeit meist als die einzig wahre klimafreundliche Energieversorgung – auch wenn in jüngster Zeit verstärkt über die negativen Auswirkungen auf die Umwelt diskutiert wurde. Hierzu gehört etwa die Bedrohung ganzer Ökosysteme, wenn zum Beispiel tropische Regenwälder abgeholzt werden, um Pflanzen zur Energiegewinnung anzubauen.

Vor allem ein großes Problem wird gerne übersehen: die fehlende Wirtschaftlichkeit. Die meisten der erneuerbaren Energien sind deutlich teurer als Strom und Kraftstoffe aus konventionellen Quellen. Daher können sich die alternativen Energien meist nur am Markt halten, weil der Staat sie bevorzugt behandelt – beispielsweise durch vorgeschriebene Beimischungen und Steuerbefreiungen.

Auf dem Strommarkt sorgt das Erneuerbare-Energien-Gesetz seit dem Jahr 2000 für eine entsprechende Förderung (vgl. iwd 18/2010). Demnach kann jeder Betreiber einer Windkraft- oder Solaranlage seinen Strom ins Netz einspeisen und erhält dafür vom Netzbetreiber eine Vergütung, die je nach Energiequelle unterschiedlich hoch ausfällt.

Besonders attraktiv für die jeweiligen Energie-Anbieter ist, dass der Staat die Einspeisevergütung über 20 Jahre hinweg fest garantiert. Die Betreiber der Solarkollektoren und Windräder müssen sich also nicht um die Preisgestaltung oder Kunden-

gewinnung kümmern, sondern nur darum, dass ihre Anlagen möglichst lange in Betrieb bleiben.

Dieses Fördersystem hat zwar den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 6,7 Prozent im Jahr 2001 auf 16 Prozent im Jahr 2009 steigen lassen. Gleichzeitig sind jedoch auch die Kosten in die Höhe geschossen:

Wurden im Jahr 2001 erst 1,6 Milliarden Euro an Einspeisevergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien gezahlt, waren es 2009 bereits 10,5 Milliarden Euro.

Für diese Beträge müssen letztlich die Verbraucher aufkommen, denn die Stromnetzbetreiber überwälzen die Kosten für die Einspeisevergütung auf die Strompreise. Dies schlägt bei einem Vier-Personen-Haushalt pro Jahr durchschnittlich mit 100 Euro zu Buche.

Die einzelnen Stromarten sind dabei unterschiedlich teuer. Von der gesamten 2009 gezahlten Einspeisevergütung ging mit 3,7 Milliarden Euro der größte Teil an die Betreiber von Biomasseanlagen – die Bioenergie steuerte zuletzt 31 Prozent zum erneuerbaren Strom bei. Mit weiteren 3,4 Milliarden Euro vergüteten die Stromnetzinhaber den Lieferanten Strom aus Windkraft, dessen Anteil am gesamten Ökostrom sogar 51 Prozent betrug. Für die Solarenergie wurden

immerhin 3,2 Milliarden Euro gezahlt, obwohl diese nur 9 Prozent des gesamten Stroms aus regenerativen Quellen ausmachten.

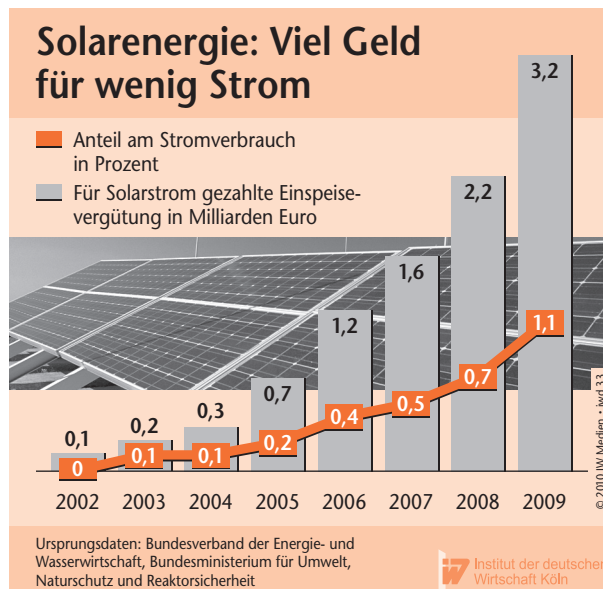
Wie dramatisch Kosten und Stromerzeugung bei der Solarenergie auseinanderfallen, macht auch eine andere Rechnung deutlich (Grafik):

Von 2003 bis 2009 ist der Anteil der Sonnenenergie am insgesamt in Deutschland verbrauchten Strom lediglich von 0,1 auf 1,1 Prozent gestiegen. Die Einspeisevergütung erhöhte sich dagegen drastisch von 0,2 auf 3,2 Milliarden Euro.

Damit ist die Sonnenenergie gegenüber anderen Stromquellen schlicht zu teuer und nicht wettbewerbsfähig. So fielen im Schnitt der Jahre 2000 bis 2009 gut 50 Cent an Einspeisevergütung je Kilowattstunde Solarstrom an. Zum Vergleich: Für konventionellen Strom müssen an der Leipziger Strombörse gerade einmal etwa 5 Cent gezahlt werden.

Die Verbraucher müssen für den Ökostrom auch künftig viel Geld hinblättern. Im Erneuerbare-Energien-Gesetz war zwar von Anfang an vorgesehen, dass die Einspeisevergütung für neue Anlagen im Laufe der Zeit sinkt. Und im Juli 2010 beschloss die Bundesregierung, die Förderung noch etwas stärker zurückzufahren.

Doch allein für die bislang geförderten Solaranlagen werden noch über Jahrzehnte hinweg Vergütungen von mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr fällig. Zudem hatte schon die Diskussion über künftige Förderkürzungen zu einem erneuten Ansturm auf Sonnenkollektoren geführt. So werden im Jahr 2010 voraussichtlich nochmals Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 10.000 Megawatt auf deutschen Dächern installiert – fast so viel wie in allen Jahren zuvor. Dies treibt die Kosten für die Stromkunden für weitere 20 Jahre in die Höhe.



Betreuung: Im Osten recht gut

Mit kleineren Klassen verbinden wohl die meisten Experten und Eltern die Hoffnung, dass die Kinder intensiver betreut werden. Besonders in Ostdeutschland stehen einem Lehrer relativ wenige Schüler gegenüber. Allerdings kann niemand genau sagen, wie klein oder groß eine Klasse bestenfalls sein sollte.

Schule. Wie viele Schüler von einem Lehrer unterrichtet werden, unterscheidet sich zwischen den Bundesländern an allgemeinbildenden Schulen erheblich. In Thüringen war im Jahr 2008 ein Vollzeitlehrer für etwa elf Schüler zuständig, in Hessen dagegen für 17. Im bundesdeutschen Durchschnitt kümmert sich jeweils ein Lehrer um gut 15 Schüler.

In den vergangenen drei Jahren hat sich die Betreuungsrelation in allen Bundesländern außer in Sachsen meist deutlich verbessert. Nach wie vor ist die Kennzahl in Ostdeutschland am niedrigsten. Dies liegt allerdings vor allem am Rückgang der Schülerzahlen.

Berufsschule. An beruflichen Vollzeitschulen unterrichtete ein Lehrer im Bundesdurchschnitt 2008 nur knapp 14 Schüler. Allerdings hat sich hier die Relation in den vergangenen drei Jahren nur in neun Ländern verbessert, in sieben jedoch verschlechtert. Zu letzterer Gruppe zählen auch die meisten ostdeutschen Länder. Um die wenigsten Schüler muss sich ein Lehrer in Thüringen und Bayern kümmern, während das Betreuungsverhältnis im Saarland am ungünstigsten ist.

Hochschule. Trotz gestiegener Studentenzahlen gibt es an deutschen Hochschulen etwas weniger Gedränge um einen Professor. Im Jahr 2008 kamen knapp 17 Studenten auf eine Lehrperson; 2006 unterrichtete ein Professor noch 18 angehende Akademiker. Ein Grund: In Bayern zum Beispiel wurde mehr Lehrpersonal eingestellt, auch dank der Studiengebühren. In zwei weiteren Bundesländern – in Hamburg und im Saarland – hat sich das Betreuungsverhältnis hingegen verschlechtert.



Bildung & Ausbildung

Schulen: Mehr Zeit für jeden Einzelnen

Schüler je Lehrer an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008

Bundesland	Schüler je Lehrer	Veränderung zu 2005
Thüringen	10,6	-1,1
Sachsen-Anhalt	11,1	-1,1
Sachsen	12,7	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	13,2	-1,5
Berlin	13,7	-0,2
Brandenburg	13,7	-0,7
Hamburg	14,2	-1,9
Saarland	14,7	-1,5
Baden-Württemberg	14,8	-1,0
Bremen	15,0	-0,8
Rheinland-Pfalz	15,4	-1,1
Bayern	15,5	-1,0
Niedersachsen	15,8	-1,0
Nordrhein-Westfalen	16,1	-1,0
Schleswig-Holstein	16,4	-0,4
Hessen	17,0	-0,4

Lehrer: in Vollzeitkräfte umgerechnet; Quelle: Kultusministerkonferenz

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 33

Berufsschulen: Konstante Verhältnisse

Schüler je Lehrer an beruflichen Vollzeit-Schulen im Jahr 2008

Bundesland	Schüler je Lehrer	Veränderung zu 2005
Thüringen	11,4	-0,9
Bayern	11,7	-0,5
Baden-Württemberg	12,9	-0,1
Berlin	13,2	-0,6
Niedersachsen	13,5	-0,4
Hamburg	13,6	-1,1
Bremen	13,8	0,4
Rheinland-Pfalz	13,9	-0,6
Nordrhein-Westfalen	14,9	-0,2
Sachsen-Anhalt	15,2	0,3
Sachsen	15,5	1,0
Brandenburg	15,6	0,3
Schleswig-Holstein	15,7	0,9
Hessen	15,8	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	16,5	1,0
Saarland	17,9	-0,6

Lehrer: in Vollzeitkräfte umgerechnet; Quelle: Kultusministerkonferenz

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 33

Hochschulen: Etwas bessere Betreuung

Studenten je Professor an Hochschulen im Jahr 2008

Bundesland	Studenten je Professor	Veränderung zu 2006
Saarland	11,0	2,0
Baden-Württemberg	12,6	-1,7
Bayern	12,6	-1,9
Berlin	12,9	-1,2
Bremen	15,0	-2,6
Niedersachsen	16,1	-0,5
Thüringen	17,6	-0,6
Hessen	17,7	-1,4
Schleswig-Holstein	17,9	-1,8
Sachsen-Anhalt	18,8	1,7
Brandenburg	19,0	0,9
Rheinland-Pfalz	19,1	-1,0
Hamburg	19,6	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	19,6	2,9
Sachsen	20,8	0,6
Nordrhein-Westfalen	25,5	-1,0

Professoren: einschließlich Lehrbeauftragte, Dozenten, Assistenten, Lehrbeauftragte für besondere Aufgaben, ohne wissenschaftlich-künstlerische Mitarbeiter und wissenschaftliche Hilfskräfte; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 33

Spekulation

Wichtige Rolle in der Marktwirtschaft

Nach der wohl größten Finanzkrise in der Nachkriegszeit ist ein Berufsstand besonders stark in Ungnade gefallen: die Spekulanten. Inzwischen machen Öffentlichkeit und Politik Hedgefonds und andere „Zocker“ für alles Mögliche verantwortlich: den Absturz des Euro, die Fast-Pleite Griechenlands, dem Anstieg der Rohstoffpreise. Tatsächlich müssen Spekulanten strenger kontrolliert und reguliert werden als bisher – dennoch erfüllen sie in der Marktwirtschaft eine wichtige und unverzichtbare Rolle.

Spekulieren ist durchaus ein Volkssport. Fast jeder tut es: Der Autofahrer, der abends noch schnell zur Tankstelle fährt, weil er vermutet, dass am nächsten Tag der Dieselpreis wieder ansteigt. Der Getreideproduzent, der seine zukünftige Ernte schon jetzt verkauft, weil er hofft, sich so noch die hohen Preise von heute zu sichern, statt sein Getreide später möglicherweise billig anbieten zu müssen. Spekulativ verhält sich aber auch ein Industrieunternehmen, das sich einen bestimmten Wechselkurs sichert, um seine Umsätze des kommenden Halbjahres gegen einen möglicherweise wieder erstarkenden Euro abzusichern.

Spekulationsgeschäfte wie die Absicherung gegen einen steigenden Euro oder gegen fallende Getreidepreise kommen jedoch nur zustande, wenn es jemanden gibt, der jeweils genau vom Gegenteil

ausgeht – also von einem schwachen Euro oder von steigenden Getreidepreisen. Bei Spekulationen stehen sich also immer Optimisten und Pessimisten gegenüber – der Gewinn des einen ist der Verlust des anderen.

Und im Gegensatz zu manchem Professor oder Analysten begnügen sich Spekulanten nicht mit wortreichen Theorien, sondern untermauern ihre Ansichten, indem sie echtes Geld investieren – und damit im Normalfall auch tatsächlich etwas bewirken:

Spekulanten und andere Händler sorgen dafür, dass sich extreme Positionen einpendeln und der Preis für ein Produkt letztlich die Realität widerspiegelt.

Ein gutes Beispiel dafür ist Griechenland. Dort wurden jahrelang allzu optimistisch immer neue Kredite vergeben

bzw. aufgenommen – und erst die pessimistischen Spekulanten brachten diese Blase zum Platzen.

Spekuliert wurde und wird – meist von Hedgefonds (Kasten) – in diesem Falle nicht allein mit Staatsanleihen und Währungsgeschäften, sondern auch mit Kreditausfallversicherungen. Und zwar auf zweierlei Art und Weise:

1. Reale Kreditausfallversicherung. Bei diesen Geschäften schließt der Gläubiger eine Versicherung gegen den Zahlungsausfall des Schuldners ab. Die Deutsche Bank beispielsweise hat sich mit 1,7 Milliarden Euro in griechischen Staatsanleihen engagiert. Weil sie dem Ganzen jedoch nicht richtig traut – also nicht so optimistisch ist wie mancher Politiker –, hat sie gleichzeitig Kreditausfallversicherungen abgeschlossen. Diese begrenzen das Risiko der Bank netto – also nach Berücksichtigung von Versicherungen gegen Zahlungsausfall – auf 1,1 Milliarden Euro.

Gegenpart der pessimistischen Deutschen Bank ist ein optimistischer Versicherungsgeber, der das Risiko für überschaubar hält und gegen eine saftige Prämie eine entsprechende Police ausstellt. Doch auch der Versicherer kalkuliert seine Prämien so, dass sie mit steigendem Risiko immer teurer werden (Grafik Seite 5):

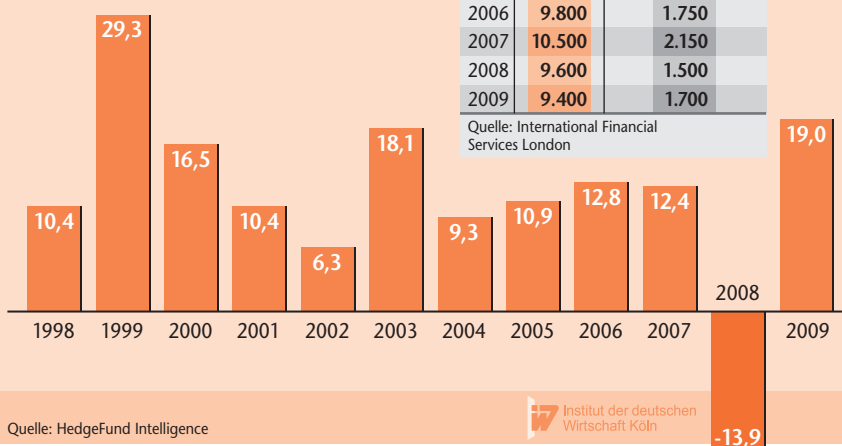
Wer aktuell eine Kreditausfallversicherung für griechische Anleihen abschließt, muss 8,6 Prozent des versicherten Betrags als Prämie berappen – das ist dreimal so viel wie Anfang des Jahres.

Zugleich wettet der Versicherer gegen einen Staatsbankrott. Denn solange er Policen anbietet, sendet der Kreditversicherer an den Markt das Signal: Alles nicht so schlimm, es gibt Hoffnung.

2. Nackte Versicherungen. Auch wenn ein Spekulant gar keine griechischen Anleihen besitzt, kann er mithilfe einer „nackten“ Kreditausfallversicherung beim Geschäft mit diesen Papieren mitmachen. Die Idee hinter dieser nackten Versicherung ist, entweder – im Falle von

Hedgefonds: Spekulation geht nicht immer gut

Durchschnittliche Rendite von Hedgefonds in Prozent



Jahr	Anzahl der Fonds	Verwaltete Mittel in Milliarden Dollar
2000	4.800	408
2001	5.500	564
2002	5.700	600
2003	7.000	850
2004	8.050	1.050
2005	8.500	1.350
2006	9.800	1.750
2007	10.500	2.150
2008	9.600	1.500
2009	9.400	1.700

Quelle: International Financial Services London

Zahlungsverzug – die Versicherungssumme einzustreichen oder mit der Versicherung selbst zu handeln. Angenommen, die Prämie für eine Kreditausfallversicherung ist niedrig. Wenn ein Spekulant nun vermutet, dass das Ausfallrisiko trotzdem hoch ist und sogar noch steigt, schließt er einen entsprechenden nackten Versicherungsvertrag ab.

Steigt das Ausfallrisiko dann tatsächlich, zum Beispiel weil in Griechenland die Trucker streiken und Reformen auf der Kippe stehen, bietet der Spekulant dem Verkäufer der Police an, den Vertrag gegen einen Aufschlag zurück zu kaufen. Der Versicherer wird das gerne tun, denn im Falle des nunmehr wahrscheinlicheren Kreditausfalls müsste er den Schaden ja regulieren.

Allein die Nachfrage der Spekulanten nach Kreditausfallversicherungen treibt die Preise nach oben, denn sie signalisiert: Es ist etwas faul im Staate Griechenland. Gerade das ist jedoch auch eine Funktion von Spekulation: Die Einschätzung der Spekulanten fließt in die Preisbildung ein und beeinflusst damit die Meinung des Marktes.

Würde man diese Nachfrage unterdrücken, dann wäre der Preis für Kreditausfallversicherungen zu niedrig und die Prämien spiegeln das tatsächliche Risiko nicht wider. Doch nur wenn das Risiko von den Versicherern richtig eingestuft wird, bilden sie auch entsprechende Rücklagen.

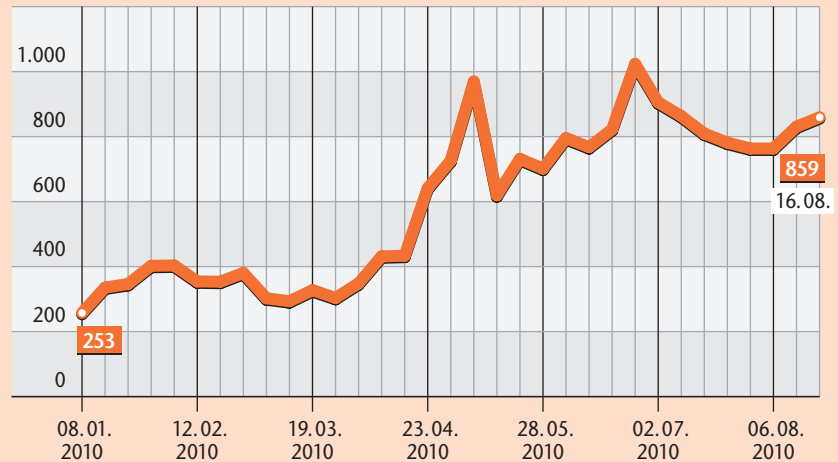
Nackte Versicherungen sind allerdings äußerst umstritten. Kritiker befürchten, dass bei solchen Geschäften ein Anreiz besteht, das Kreditereignis wahrscheinlicher zu machen – frei nach dem Motto: Wer auf die Pleite Griechenlands wettet, sorgt dafür, dass diese eintritt.

In der Tat haben die Spekulanten im Fall Griechenlands durch ihr Herdenverhalten extreme Marktbewegungen ausgelöst. Die Versicherer mussten immer größere Sicherheiten heranschaffen, um im Ernstfall zahlungsfähig zu sein. Unter diesem Druck versiegte das Versicherungsangebot zusehends – keiner wollte die nicht versicherbaren Staatsanleihen mehr kaufen.

Weil die Pleite Griechenlands und das Ende der Währungsunion schon nahe schienen, musste die europäische Politik

Kreditausfallversicherung: Risiko Griechenland

Eine griechische Staatsanleihe über 10.000 Euro gegen einen Kreditausfall zu versichern, kostete so viel Euro



Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 33

handeln. Zuvor hatte sie dem Treiben der Hellenen jahrelang tatenlos zugesehen und so die Spekulation überhaupt erst ermöglicht. Mit ihrem Rettungsschirm haben die Länder der Eurozone die Spekulanten dann in ihre Schranken verwiesen. Daraufhin brachen die Wetten gegen den Euro zusammen und die Währung erholte sich.

Dieses Beispiel zeigt, dass Spekulanten nicht sich selbst überlassen werden dürfen. Auch dieser Bereich muss reguliert und kontrolliert werden. Wenn

zum Beispiel nur wenige Spekulanten den Markt beherrschen, muss der Staat ein Stoppschild aufstellen, damit sie die Preise nicht manipulieren. Auch die Zahlungsfähigkeit der Kreditausfallversicherer ist stärker unter die Lupe zu nehmen. Der amerikanische Finanzdienstleister und Versicherungskonzern AIG zum Beispiel hatte ohne ausreichende Rücklagen so große Versicherungsvolumen gewährt, dass er letztlich nur durch eine Notverstaatlichung gerettet werden konnte.

Hedgefonds

Ursprünglich wurden Hedgefonds gegründet, um Investoren selbst bei fallenden Aktienkursen eine gute Rendite zu sichern. Daher stammt auch der Name: „Hedging“ bedeutet absichern. Die Fonds spekulieren mit den ihnen anvertrauten Geldern auf bestimmte Kursbewegungen, zum Beispiel von Aktien, Währungen oder Rohstoffen. Da die Analyse der Hedgefonds aber auch falsch sein kann und die Fonds zudem meist mit viel Fremdkapital arbeiten, sind ihre Strategien häufig ziemlich riskant.

So können diese speziellen Investmentfonds sogar mit Kursverlusten Geld verdienen, indem sie geliehene Wertpapiere bei hohen Preisen verkaufen und sie später zu niedrigeren Preisen zurückkaufen. Wenn die Preise aber nicht fallen, geht die Spekulation nicht auf und es droht der Totalverlust.

Umgekehrt gehen Hedgefonds aber auch mit der Erwartung in Aktien, Wertpapiere und Rohstoffe, dass deren Kurse steigen. Wenn die Verzinsung attraktiv ist, investieren sie in

der Hoffnung, dass die Preise zumindest nicht fallen und der Gläubiger zahlungsfähig bleibt. Doch auch das kann schief gehen – und hat vielen Fonds in der Finanzkrise das Genick gebrochen. Wie Banken haben sie auf das falsche Pferd gesetzt – nämlich auf fast wertlose verbrieft US-Wertpapiere.

Dementsprechend haben die Hedgefonds in der Finanzmarktkrise arg gelitten: Im vergangenen Jahr gab es weltweit nur noch 9.400 Hedgefonds, rund 1.100 weniger als 2007. Im gleichen Zeitraum fielen die von ihnen verwalteten Mittel um 450 Milliarden auf 1.700 Milliarden Dollar (Grafik Seite 4).

Das Tal der Tränen haben die Hedger jedoch inzwischen durchschritten. Im Jahr 2009 betrug die durchschnittliche Rendite der Fonds 19 Prozent – das ist der höchste Wert seit zehn Jahren. Bis Juli 2010 hatten die Fonds bereits 95 Prozent des Wertniveaus vom Oktober 2007 wieder erreicht. Damit schneiden sie wesentlich besser ab als die globalen Aktienmärkte.

Tool zur Lohnstrukturanalyse

Stichwort

Frauen verdienen deutlich weniger als Männer – im Jahr 2009 lag der Gehaltsunterschied bei 23 Prozent. Um für eine faire Entlohnung von Mann und Frau zu werben, bietet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Logib-D an. Die Abkürzung steht für „Lohnleichheit im Betrieb – Deutschland“. Dahinter steckt ein Analyse-Tool, das untersucht, wo es gegebenenfalls Geschlechterunterschiede bei der Bezahlung gibt und ob diese gerechtfertigt sind.

Seit kurzem besteht die Möglichkeit, Logib-D als Web-Anwendung zu nutzen, die sich mit deutlich verbesserten Funktionen präsentiert: Nach Eingabe der Beschäftigtendaten liefert das Programm einen umfassenden Bericht im PDF-Format, der dann im Betrieb weiter verwendet werden kann. Das Web-Tool hat eine intuitive Nutzerführung sowie einen höheren Bedienkomfort: Neben obligatorischen Variablen können optionale Kriterien wie die Überstundenvergütungen oder Bonuszahlungen separat für die Analyse erfasst werden.

Ziel des Web-Programms ist es, die Entgelt-Ungleichheit innerhalb der Belegschaft im Detail zu analysieren, damit die Unternehmen den Ursachen auf den Grund gehen können. Dies lohnt sich auch für die Firmen: Es wird für einen Betrieb leichter, sich gerade in Zeiten des Fachkräftemangels als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren, wenn er die Ergebnisse der Lohnstruktur-Analyse veröffentlicht. Schließlich achten vor allem weibliche Fachkräfte verstärkt darauf, dass Unternehmen Frauen und Männer beim Gehalt gleich behandeln.

Ein großer Vorteil des Web-Tools Logib-D ist es, dass es ohne zusätzliche Software auskommt. Zudem lassen sich Daten, die bereits für die Excel-Version aufbereitet wurden, problemlos online auswerten.

Neben dem Programm im Internet bietet das Bundesfamilienministerium 200 interessierten Unternehmen zusätzlich eine kostenlose Vergütungsberatung durch eine externe Unternehmensberatung an. Die erfolgreichen Bewerber erfahren unter anderem, wo Ansatzpunkte für eine auf Gleichstellung zielende Personal- und Entgeltstrategie liegen und welche Vorteile dies hat. Die Bewerbungsfrist für die nächsten 25 Firmen endet am 15. Oktober 2010.

Weitere Informationen gibt es unter: www.logib-d.de

Burn-out

Betriebe beugen vor

Fast jede zweite Frau und gut jeder dritte Mann in Deutschland sind gefährdet, im Laufe ihres Lebens psychisch zu erkranken. Viele Arbeitgeber helfen daher ihren Beschäftigten, solche Belastungen frühzeitig zu erkennen und zu bewältigen.

Seelische Störungen machen sich häufig in Angstzuständen, Alkohol- oder Medikamentensucht bemerkbar. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betragen die Behandlungskosten für psychische Erkrankungen im Jahr 2008 knapp 28,7 Milliarden Euro; allein 5,2 Milliarden Euro davon entfielen auf die Therapie von Depressionen.

Wenn die Erkrankten Arbeitnehmer sind, treffen die Krankheitsfolgen auch die Unternehmen – etwa durch Fehlzeiten oder ungenügende Arbeitsergebnisse. Schon aus diesem Grund sollten Firmen ein Interesse daran haben, vorzubeugen und ihren Mitarbeitern zu helfen.

Arbeitswissenschaftler empfehlen dabei, besonders auf drei Punkte zu achten:

- **Soziale Ressourcen** wie eine wertschätzende Mitarbeiterführung und den Ausbau sozialer Netzwerke im Betrieb.
- **Personale Ressourcen** wie Investitionen in Weiterbildung und Hilfe bei der Bewältigung von Stress.
- **Organisationale Ressourcen** wie Aufgabenvielfalt und Beteiligung der Mitarbeiter an der Ausgestaltung ihres eigenen Arbeitsplatzes.

Gerade die Mitarbeiterführung wird von Experten als zentrales Instrument der betrieblichen Gesundheitsförderung herausgestellt. Vorgesetzte und Führungskräfte sollten daher darauf achten, die Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter zu fördern, indem sie konkrete Ziele mit ihnen vereinbaren und regelmäßig über die Umsetzung sprechen.

Die positiven Folgen lassen sich belegen: So kommt eine Langzeitstudie des Schweizer Instituts sciencetransfer zu dem Ergebnis, dass eine um 20 Prozent intensivere Unterstützung durch die Führungskräfte zu 10 Prozent weniger Burn-out-bedingten Erkrankungen der Mitarbeiter führt.

Auch immer mehr kleine und mittlere Unternehmen erkennen, dass die Mitarbeiterführung das A und O für ein positives Arbeitsumfeld ist und schulen deshalb ihre Manager (Grafik).

Eine aktuelle Befragung zeigt, dass inzwischen vier von zehn Mittelständlern, die sich im Gesundheitsmanagement engagieren, Führungskräfte trainings anbieten.

Solche Investitionen lohnen sich: Fehlzeiten sinken, die Produktivität steigt, und die Bindung der Mitarbeiter an die Firma erhöht sich.

Gesundheitsmanagement: Mittelstand ist aktiv

So viel Prozent der Unternehmen mit betrieblichem Gesundheitsmanagement praktizieren oder planen folgende Maßnahmen

Verbesserung des Arbeitsplatzes, z.B. Lärmschutz 93

Verbesserung der Arbeitsabläufe, z.B. der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit 88

Regelmäßige Analyse der betrieblichen Situation, z.B. Ermitteln von Ressourcen, die besser genutzt werden können 83

Mitarbeiterschulung, z.B. Stressmanagement 58

Gesundheitszirkel: Eine Kleingruppe aus Mitarbeitern entwickelt Lösungen für eine gesundheitsförderliche Arbeitssituation 47

Führungskräfte schulung, z.B. Trainings zur besseren Wahrnehmung von Überlastsituationen der Mitarbeiter 40

Andere Maßnahmen, z.B. Gründung einer Betriebssportgruppe 17

Befragung von 500 Geschäftsführern, Personalleitern oder Gesundheitsbeauftragten im Sommer 2009 in Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten
Quelle: Initiative Gesundheit und Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Personenverkehr

Nachfrage stagniert

Das eigene Gefährt ist immer noch der Deutschen liebstes Verkehrsmittel. Mehr als 80 Prozent des Personenverkehrs entfielen 2008 auf Pkws und motorisierte Zweiräder. Doch seit 2004 schrumpfen die Zahlen der Nutzer etwas. Stark aufgeholt hat dagegen die Deutsche Bahn. Die meisten ihrer Passagiere nutzen den Schienenahverkehr.

Im Jahr 2008 waren mehr als 66 Milliarden Menschen in Deutschland mit irgendeinem Verkehrsmittel unterwegs, sei es per Auto, Bus, Bahn oder Flugzeug. Allerdings wächst der Personenverkehr kaum noch – denn schon seit längerem hat sich die Zahl der transportierten Bundesbürger bei diesem Wert eingependelt.

Dieser Trend zeigt sich besonders beim sogenannten motorisierten Individualverkehr – also bei Menschen, die ihre Wege mit ihrem Pkw, Motorrad oder Moped zurücklegen. Seit dem Jahr 2004 sind diese Zahlen sogar leicht rückläufig, auch wenn es noch immer 54,6 Milliarden Personen sind, die sich aufs eigene Fahrzeug verlassen. Der Nutznießer dieser Entwicklung ist der öffentliche Verkehr.

Seit 2004 gewinnen Bus und Bahn Marktanteile von Auto und Moped zurück. Das gab es seit der Einführung der Verkehrsstatistik im Jahr 1950 nur zweimal – während der beiden Ölkrisen in den 1970er Jahren.

Die Zahl der Menschen, die mit Massentransportmitteln unterwegs sind, steigt bereits seit Mitte der 1990er Jahre deutlich (Grafik). Der Löwenanteil entfällt auf den sogenannten öffentlichen Straßenpersonenverkehr, also auf Bus, U- und S-Bahn. In dieser Kategorie wurden zuletzt 9,1 Milliarden Fahrgäste gezählt – ein Plus von mehr als 15 Prozent gegenüber dem Jahr 1994. Damit kommt der öffentliche Straßenpersonenverkehr auf einen Marktanteil von fast 14 Prozent.

Die größte Wachstumsrate im öffentlichen Personenverkehr legte der Luftverkehr mit einem Passagier-Zuwachs

von 57 Prozent hin. Allerdings bleiben die Flugzeugnutzer mit einem Anteil von 0,2 Prozent an allen transportierten Personen eher eine Randerscheinung.

Ein weiteres wichtiges Transportmittel ist die Eisenbahn. Die Bahnreform von 1994 hat ein paar einschneidende Veränderungen mit sich gebracht. Die drei wichtigsten Reformpunkte waren die Überführung der Bundesbahn und der Reichsbahn in eine private Aktiengesellschaft – die aber zu 100 Prozent dem Bund gehört –, die Übertragung der Zuständigkeit und der finanziellen Verantwortung für den Schienen-Personenahverkehr an die Bundesländer sowie die Öffnung des Schienennetzes für private Eisenbahnunternehmen. Die beiden letzten Punkte waren eng mit einander verwoben, da die Bundesländer jetzt Nahverkehrsleistungen im Rahmen einer wettbewerblichen Ausschreibung einkaufen können und private Anbieter auch fast nur im Nahverkehr aktiv sind.

Die Bahnreform von 1994 ist in der Öffentlichkeit alles andere als unumstritten. So manch einer wünscht sich die alte Beamtenbahn zurück, wenn es zu Problemen kommt. Obwohl die Deutsche Bahn in der jüngeren Vergangenheit oft am Pranger stand – sie transportiert heute viel mehr Menschen als zu Zeiten der Behördenbahn:

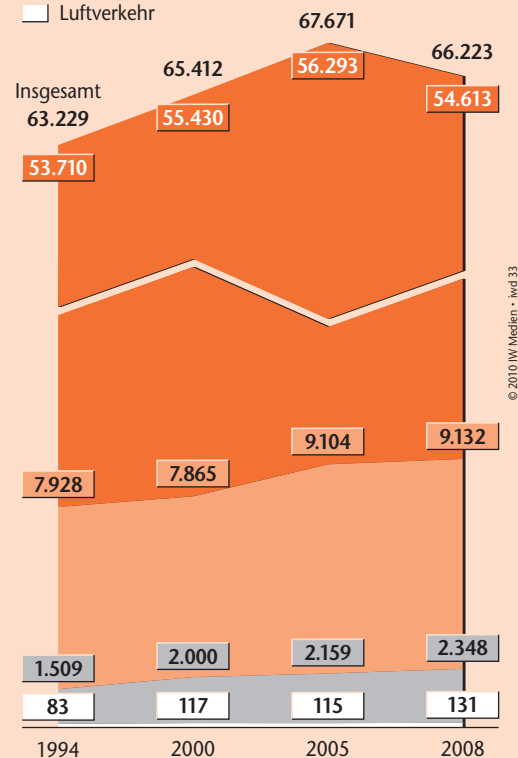
Im Jahr 1994 beförderte die Bahn rechnerisch rund 1,51 Milliarden Menschen. Bis zum Jahr 2008 stieg die Zahl der transportierten Personen auf 2,35 Milliarden – was einem Plus von 56 Prozent entspricht.

Auch im Vergleich mit früheren Jahren ist das ein absoluter Spitzenwert. So lagen die kombinierten Passagierzahlen von Bundesbahn und Reichsbahn 1980 bei 1,78 Milliarden Personen.

Personenverkehr:
Die Bahn holt auf

in Deutschland beförderte Personen in Millionen

- Privat genutzte Pkw, Motorräder, Mopeds etc
- Öffentlicher Straßenpersonenverkehr (Bus, S-Bahn, U-Bahn)
- Eisenbahnen
- Luftverkehr



Quelle: Bundesverkehrsministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Den größten Zuwachs bei der Bahnnutzung verbuchte der nach 1994 völlig neu organisierte Nahverkehr. Dieser zählte 2008 fast 63 Prozent mehr Fahrgäste. Heute fahren damit fast 95 Prozent der Bahnkunden auf kürzeren Strecken.

Einen wesentlichen Anteil daran haben die neu zugelassenen privaten Eisenbahnen, die im öffentlich bestellten Nahverkehr im vergangenen Jahr rund 20 Prozent der von den Bundesländern eingekauften Zugkilometer fuhren. Allerdings ändern diese Erfolgszahlen wenig daran, dass die Schiene mit einem Anteil am Verkehrsaufkommen von 3,6 Prozent eher eine Nebenrolle spielt. Zudem sind die Folgen des Krisenjahres 2009 noch nicht erfasst.

Automobilproduktion Asien steigt auf

Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien können eine lange Tradition in der Automobilherstellung vorweisen. Doch in den vergangenen zehn Jahren hat die Konkurrenz aus anderen Ländern rapide aufgeholt. Nur Deutschland konnte seine Position als einer der führenden Produktionsstandorte verteidigen.

Firmen wie Daimler, Peugeot, Rolls Royce und Fiat machten ihre Herkunftsländer zu Automobilnationen. Noch im Jahr 2000 zählten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zu den elf größten Kraftwagenproduzenten der Welt. Dabei standen die Autobauer dieser Länder für sehr unterschiedliche Philosophien. Aus Deutschland kamen Fahrzeuge der Premiumklasse, während die Hersteller in Frankreich und Italien vor allem für ihre Kleinwagen bekannt waren. Großbritannien hat sich nach dem weitgehenden Verlust eigener Marken als Produktionsstandort für japanische Hersteller etabliert.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Mittelpunkt des Weltautomobilmarkts allerdings immer stärker Richtung Asien verschoben. Dort liegt inzwischen auch das Zentrum der Produktion. In China, Japan, Südkorea und Indien rollten rund 45 Prozent aller im Jahr 2009 hergestellten Automobile vom Band.

Der Anteil der europäischen vier an der weltweiten Fahrzeugherstellung ist dagegen seit dem Jahr 2000 von 21,3 Prozent auf 14,9 Prozent geschrumpft.

Nur die Bundesrepublik konnte ihre Stellung als Produktionsstandort annähernd wahren. Die anderen Traditionsländer hingegen büßten seit 2000 etwa die Hälfte ihres Anteils an der Weltproduktion ein, was auch die absoluten Produktionszahlen zeigen (Grafik):

Während die deutschen Autofabriken im Krisenjahr 2009 lediglich knapp 6 Prozent weniger Fahrzeuge fertigten als im Jahr 2000, waren es in England und Frankreich fast 40 Prozent und in Italien sogar über 50 Prozent weniger.

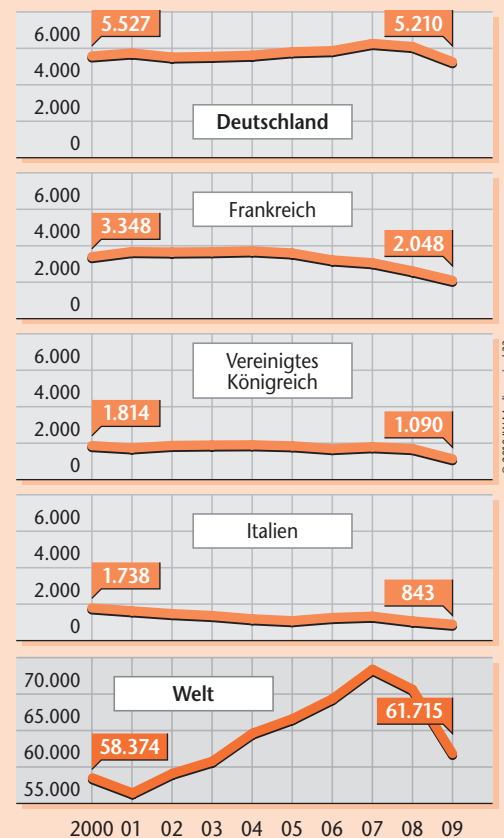
Infolgedessen finden sich nur noch Deutschland (Platz 4) und Frankreich (Platz 9) in den Top Ten der weltweiten Produktionsstandorte wieder. Großbritannien liegt auf Rang 13, Italien auf Position 18.

Nach vorn gerückt sind im Gegenzug jedoch nicht nur die asiatischen Konkurrenten, sondern auch in Europa gibt es Aufsteiger. Spanien auf Rang 8 etwa hat sich als zweitgrößter Produktionsstandort in Europa etabliert. Auch Tschechien (Platz 15) und Polen (Platz 16) haben Boden gutgemacht.

Zu diesem Aufschwung vor allem der asiatischen und osteuropäischen Produktion haben die ehemaligen Platzhirsche selbst einiges beigesteuert. So tragen die meisten in Polen gebauten Autos das Fiat-Logo; in Spanien und Tschechien werden Autos französischer Marken produziert. Auch die deutschen Hersteller haben sich in den vergangenen zehn Jahren verstärkt im Ausland engagiert.

Europäischer Automobilbau: Deutschland fährt vorneweg

Kfz-Produktion in den traditionellen Automobiländern in 1.000



Quelle: Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles (OICA)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im vergangenen Jahr wurden allein in China 1,25 Millionen Fahrzeuge deutscher Marken gefertigt; in Brasilien waren es 758.000 und in Spanien 566.000.

Dennoch hat diese Entwicklung kaum die heimische Herstellung verdrängt, sondern eher neue Märkte erschlossen. Es wird sogar damit gerechnet, dass die deutsche Automobilproduktion 2010 wieder das Niveau des Boomjahres 2007 erreichen könnte. Haupttreiber für diese schnelle Erholung ist der Export – die Ausfuhren haben allein im ersten Halbjahr um 44 Prozent gegenüber 2009 zugelegt.

Für Adressaufkleber